

Region

Primeo-Einzugsgebiet: Die Strompreise bleiben erhöht

Konsumenten müssen sich wappnen Der Energieversorger mit Sitz in Münchenstein rechnet auch für die kommenden Jahre mit volatilen Märkten. Das Risiko einer Strommangellage bestehe immer noch.

Oliver Sterchi

Im vergangenen Jahr kam es zu beispiellosen Verwerfungen an den Energiemärkten: Der Ukraine-Krieg, anhaltende Trockenheit sowie der zeitweise Ausfall eines Grossteils der französischen Atomkraftwerke führten dazu, dass die Strompreise durch die Decke gingen. Die Auswirkungen dieser Marktspirale bekamen auch die Konsumentinnen und Konsumenten in der Region zu spüren: Die Energiepreise zogen an. In ihrem Versorgungsgebiet schlug die Primeo Energie teilweise bis zu 50 Prozent auf.

Zwar hat sich die Lage am Strommarkt inzwischen wieder etwas beruhigt. Allerdings wird der Saft aus der Steckdose die Budgets vieler Haushalte in der Region auch in den kommenden Jahren stärker belasten als vor der Krise. Dies wurde an der gestrigen Bilanzmedienkonferenz von Primeo deutlich.

«Wenn die Preise an den europäischen Energiemärkten so bleiben, dann werden wir das auch

unseren Kundinnen und Kunden so weitergeben müssen, da gibt es leider wenig Spielraum», sagte Primeo-CEO Conrad Ammann vor den Journalisten. Der Energieversorger rechnet damit, dass sich der Strompreis im Handel mittelfristig zwischen 100 und 180 Euro pro Megawattstunde einpendelt. Vor der Krise waren es 30 bis 60 Euro.

Mehr Umsatz, mehr Aufwand

Die Turbulenzen im Strombereich hatten indes auch einen massgeblichen Einfluss auf das Geschäftsjahr des Münchensteiner Energiekonzerns: So verdoppelte sich der Gruppenumsatz von 1,1 Milliarden Franken im Jahr 2021 auf fast 2,3 Milliarden im 2022. Dies hauptsächlich wegen der gestiegenen Strompreise.

Umgekehrt – und aus demselben Grund – verdoppelte sich jedoch auch der Aufwand der Gruppe auf 2,1 Milliarden Franken. Unter dem Strich resultierte ein operatives Ergebnis von 106 Millionen Franken. Dies ist mehr als im Vorjahr, als das Ergebnis knapp 72 Millionen Franken betrug.



«In den kommenden Wintern wird die Lage angespannt bleiben.»

Conrad Ammann
CEO Primeo Energie

Dafür fiel der Gewinn 2022 mit 27,6 Millionen Franken tiefer aus als letztes Jahr (38,6 Millionen). Grund dafür sind laut Geschäftsbericht höhere Steuerabgaben, Wechselkursverluste sowie die ausbleibende Dividende des Alpiq-Konzerns, an dem Primeo beteiligt ist. Die Alpiq geriet 2022 infolge der Energiemarktkrise ins Schlingern und verzichtete deshalb auf die Auszahlung von Dividenden.

Insgesamt sei die Primeo-Gruppe «gesund und solide finanziert», sagte Finanzchef Stephan Naef vor den Medien. Er verwies insbesondere auf die gestiegenen flüssigen Mittel (340 gegenüber 252 Millionen Franken) und auf das höhere Eigenkapital (1468 Millionen gegenüber 1415 Millionen). Als «erfreulich» bezeichnete die Primeo-Spitze das Wachstum bei den erneuerbaren Energien und der Wärmeversorgung.

Wichtiger Umbau

Sowohl Primeo-CEO Ammann als auch dessen designierter Nachfolger Cédric Christmann – er tritt

den Posten am 19. April an – betonten indes, dass die Krise noch nicht ausgestanden sei. So sei das Risiko einer Strommangellage noch nicht restlos gebannt.

Zwar habe man das Worst-Case-Szenario von punktuellen Netzabschaltungen im vergangenen Winter abwenden können, aber: «In den kommenden Wintern wird die Lage angespannt bleiben», so Ammann. Es gebe viele Unsicherheiten, was die Wasserkraft, die Witterung oder auch den Ersatz von russischem Gas angehe. Umso wichtiger sei der Umbau der Energieversorgung weg von fossilen hin zu erneuerbaren Quellen.

Apropos Strommangel: Für das Primeo-Versorgungsgebiet liegen erstmals Zahlen zu den Energiesparmassnahmen vor. So reduzierte sich der Stromverbrauch 2022 gegenüber 2021 von 784 auf 751 Millionen Kilowattstunden. Hierbei spielten neben den Sparanstrengungen auch die «mildernden meteorologischen Bedingungen» eine Rolle, wie es in einer Medienmitteilung heisst.

Unterschriften gegen das Millionen-Projekt

Bottmingen Im Dorfkern soll eine Tramschleife gebaut werden. Landrat Hanspeter Weibel will das verhindern.

Im Umfeld des prunkvollen Weiherschlosses in Bottmingen soll kein Stein auf dem anderen bleiben. Zusammen mit dem kantonalen Tiefbauamt will die Baselland Transport AG (BLT) die Tram- und Bushaltestelle im Dorfzentrum, einen der relevantesten Knotenpunkte des Baselsbiets, völlig umkrempeln, wie die «Basler Zeitung» im Sommer 2021 publik gemacht hat.

Klar ist bereits: Es gibt beachtlichen Widerstand. SVP-Landrat Hanspeter Weibel hat vor kurzem eine Petition lanciert und sammelt übers Internet Unterschriften, um das Bauvorhaben zu verhindern.

Auch wegen Kritikern wie ihm luden BLT, Kanton und Gemeinde am Montagabend ein, um über die geplanten Änderungen erstmals öffentlich zu informieren. Vor rund 320 Einwohnern unterstrichen die Befürworter des Projekts, anstelle einer klassischen Sanierung «einen neuen Bushaltestellen, zeitgemässe Tramhaltestellen sowie eine effiziente Tramschleife» bauen zu wollen.

Expresstram durchs Leimental

Mehr oder weniger unbestritten bei den Leuten sind die Neubauten des Bahnhofes und der Haltestellen – zu reden gab vor allem die angedachte Tramschleife. Die Behörden würden sie für den sicheren, flexiblen Betrieb der Tramlinien 10 und 17 und für die Verbesserung der Anschlüsse im Zusammenhang mit der Einführung des Expresstrams benötigen, hiess es. In der Hoffnung: einiges an Reisezeit zu gewinnen.

Zur Erinnerung: Das neue Leimentaler Turbostram soll vom geplanten Bahnhofsauflauf Margarethen via Margarethenverbindung (höchst umstritten, vom Volk abgelehnt, aber dennoch in Planung) über die Doppelspur Spieshöfli, an der momentan gebaut wird, zur neuen Wendeschleife in Bottmingen führen.

Mit Kosten von rund 20 Millionen Franken wäre der Verkehrsknotenpunkt eines der grössten Infrastrukturprojekte des Kantons. Allein die Schleife kostet fünf Millionen Franken. Für Weibel eine Fehlinvestition. Er war an der Veranstaltung montags ebenfalls zugegen und findet: «Der Anlass übermittelte eigentlich nur eine Botschaft: Die Einwohner von Bottmingen haben dazu nichts Entscheidendes zu sagen.»

Gesprochen hätten allen voran Befürworter des Kantons und der BLT, kritische Stimmen seien kaum zugelassen worden. «Wir diskutieren hier über eine Fläche in der Grösse eines Fussballfelds, die umgepflügt werden soll. Aber die Auswirkungen wurden in keinem Wort erwähnt – das ist peinlich», so der Landrat. Mit seiner Petition möchte er nun dagegenhalten.

Der zuständige Gemeinderat Remo Muchenberger sagt indes: «Die Umgestaltung wird vom Gemeinderat grundsätzlich begrüsst, wobei es städtebauliche Aspekte gibt, die es zu berücksichtigen gilt.» Anfang 2024 will die Gemeinde die nächste Informationsversammlung organisieren. Die Realisierung ist frühestens in fünf Jahren geplant.

Benjamin Wirth

Pratteln streitet sich um Trampelpfade

Erhitzte Gemüter Die Gemeinde will die Befestigung von Trampelpfaden prüfen. Die Bürgerlichen wehren sich.

Der Regen macht den Untergrund matschig, die Schuhe werden sogleich nass und dreckig: Wer hin und wieder Trampelpfade nutzt, kennt diese Situation.

Nun setzt sich Christoph Zwahlen (Unabhängige Pratteln, U/G) für die Befestigung dieser inoffiziellen Wege in Pratteln ein. Konkret nennt der Einwohnerrat zwei ihm bekannte Trampelpfade in der Längi, die seit der Eröffnung der S-Bahn-Haltestelle Pratteln Salina Raurica im Jahr 2008 rege benutzt werden: einerseits den Zugang aus der Augsterstrasse, andererseits den Verbindungsweg vom Wendepfad des östlichen Asts der Giebenacherstrasse zur Giebenacherstrasse entlang der Bahn.

In einem Vorstoss bittet die Fraktion der Grünen und Unabhängigen den Gemeinderat, zu prüfen und zu berichten, ob diese und möglicherweise noch weitere Pfade mit Mergel oder Kies befestigt werden könnten, damit auch bei schlechtem Wetter eine Nutzung ohne schmutzige Schuhe möglich ist.

Zwar ist der Gemeinderat bereit, sich der Sache anzunehmen, doch die Forderung erhitzte am Montag im Einwohnerrat die Gemüter. So sprach sich die Fraktion der FDP und der Mitte gegen eine Überweisung aus. Das von Zwahlen angesprochene Land gehöre nicht der Gemeinde. «Das ist Enteignung», sagte Urs Baumann (FDP). «Ich weiss, der linksgrünen Seite ist das egal, aber das geht nicht.»

Didier Pflirter (FDP) gab zu bedenken, dass mit einer Umsetzung die aufwendige Erfassung aller Trampelpfade in Pratteln einhergehen würde – eine solche beinhalte das Postulat allerdings nicht, widersprach Gemeinderat



Zwei Trampelpfade im Gebiet der Salina Raurica sollen befestigt werden. Symbolfoto: Roland Schmid

Urs Hess (SVP). Und Fredi Wiesner (SVP) fügte hinzu, dass man auch bei Mergel dreckige Schuhe haben würde und demnach nichts anderes übrig bleibe, als die Trampelpfade zu versiegeln.

Versiegelung ist kein Thema

Zwahlen wehrte sich gegen die Vorwürfe der Bürgerlichen: «Ich finde es interessant, dass es eine Links-rechts-Konfrontation geben muss. Auch Kies ist eine Möglichkeit, und welche Lösung schlussendlich umgesetzt wird, ist offen. Aber es geht hier nicht um einen Teerweg.»

Es überrasche Zwahlen ausserdem, dass die Rede von Enteignung sei. Die Befestigung werde in Absprache mit den Eigentümern des Privatlands umgesetzt. Wenn diese eine solche nicht wollten, könnten sie sich dagegen wehren.

Dennoch fand Silvio Fareri (Die Mitte), wer solche Trampelpfade nutze, müsse damit rechnen, dreckige Schuhe zu bekommen. «Dafür sollten nicht die Steuerzahler bezahlen, lieber nimmt man ein zweites Paar Schuhe mit, das kommt günstiger. Oder man geht rechtzeitig aus

dem Haus.» Doch die Befürworterinnen und Befürworter waren in der Überzahl: 19 Mitglieder des Einwohnerrats sprachen sich für eine Überprüfung aus, während 16 dagegen stimmten.

Spende an Erdbebenopfer

Auch Tempo 30 auf dem Galenweg wurde im Einwohnerrat diskutiert: Motionärin Petra Ramseier (U/G) forderte dessen provisorische Einführung mit dem Baustellenverkehr. Nach der Bewilligung durch den Kanton solle definitiv nur noch maximal Tempo 30 gefahren werden.

Ausserdem sprach sich der Einwohnerrat für eine Spende an Betroffene des Erdbebens an der türkisch-syrischen Grenze aus. Der Gemeinderat habe die Kompetenz, bis zu 25'000 Franken zu spenden, sagte Einwohnerrat Hasan Kanber (SP), der die entsprechende Resolution eingereicht hatte.

Basierend auf einem Vorschlag von Didier Pflirter (FDP), können die Mitglieder des Einwohnerrats zusätzlich freiwillig ihr Sitzungsgeld spenden.

Lea Buser